

02/2026

NEWSLETTER

DER FDP/BZD FRAKTION IM KREISTAG WESEL



"Freiheit ist das Leben als Tätigkeit, nämlich als autonomes, selbstbestimmtes Handeln."

Ralf Dahrendorf

Haushaltsrede Kreistag Wesel 26. März 2026 // Constantin Borges

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,

seit meiner und unseren letzten Haushaltsreden sind wieder zwei Jahre vergangen.

Zwei Jahre, in denen wir über steigende Kosten gesprochen haben.

Zwei Jahre, in denen wir vor strukturellen Problemen gewarnt haben.

Zwei Jahre in denen die Kommunen jährlich uns ihr Leid geklagt haben.

Und heute müssen wir feststellen: Gebessert hat sich nichts – im Gegenteil.

Die Ausgaben steigen weiter. Die Belastung unserer Kommunen wachsen. Und echte strukturelle Reformen bleiben aus.

Das ist keine Momentaufnahme mehr. Das ist ein Muster.

Und genau deshalb können und wollen wir heute nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.

Unsere Städte und Gemeinden stehen mit dem Rücken zur Wand.

Sie erhöhen Steuern, sie streichen teilweise Leistungen – und gleichzeitig wächst die Belastung durch den Kreis weiter.

Das ist keine solidarische Finanzpolitik. Das ist eine einseitige Belastung der kommunalen Familie.

Der Kreis muss Teil der Lösung sein – nicht Teil des Problems.

Deshalb haben wir mit unseren Haushaltsanträgen klare Vorschläge auf den Tisch gelegt.

Wir fordern:

- eine Wiederbesetzungssperre,
- eine echte Digitalisierungsoffensive mit messbaren Einsparungen,
- die maximale Nutzung des globalen Minderaufwands,
- ein Moratorium für freiwillige Leistungen,
- und eine Konsolidierungsarbeitsgruppe gemeinsam mit den Kommunen.

Das sind keine pauschalen Kürzungen.

Das sind gezielte Maßnahmen für mehr Effizienz.

Und wir gehen noch einen Schritt weiter:

Freiwillige Ausgaben ohne klaren Mehrwert gehören auf den Prüfstand.

Die Mitgliedschaft in der Metropolregion Rheinland ist ein Beispiel dafür.

Sie kostet Geld – aber ein konkreter Nutzen für unseren Kreis ist nicht erkennbar.

Daher lautet unsere Devise: Beenden, einsparen, Umlage stabilisieren.

Besonders deutlich wird das Problem, wenn man sich die Antwort der Verwaltung auf unsere Anfrage anschaut.

Dort wird eingeräumt:

Es gibt nicht wirklich konkrete Planung, Personal durch Digitalisierung zu reduzieren.

Und es gibt keine Einsparungen, die durch KI oder Effizienzgewinne im Haushalt abgebildet sind.

Das bedeutet im Klartext:

Wir investieren in Digitalisierung – aber ohne jede verbindliche Einsparstrategie. Wir sprechen über Effizienz – aber setzen sie nicht um.

Diese Diskussion ist nicht neu.

Bereits vor Jahren haben wir als FDP gefordert die Verwaltung strukturell zu überprüfen, Organisationsuntersuchungen durchzuführen und die Weichen für eine moderne, effiziente Verwaltung zu stellen.

Passiert ist zu wenig.

Heute sehen wir die Folgen:

steigende Kosten, steigender Druck – aber keine strukturelle Antwort. Es braucht daher einen Kurswechsel.

Was jetzt notwendig ist:

- Prioritäten setzen statt alles gleichzeitig wollen
- Effizienz vor Ausweitung
- Kernaufgaben vor freiwilligen Leistungen

Und vor allem:

Respekt vor dem Geld der Steuerzahler.

Unser Ziel ist ein Kreis, der sich wieder auf das konzentriert, was wirklich zählt:

- leistungsfähige Verwaltung
- gute Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger
- Entlastung der Kommunen

Dieser Haushalt zeigt deutlich:

Wir haben kein Einnahmeproblem – wir haben ein Strukturproblem.

Und dieses Strukturproblem lösen wir nicht mit mehr Geld, sondern nur mit mehr Mut:

Mut zur Priorisierung.

Mut zur Reform.

Mut zum Sparen.

Vielen Dank!



Haushaltskonsolidierung: Unser Kurs setzt sich durch



Im unserem ersten Newsletter haben darüber informiert und deutlich gemacht, warum der Kreis Wesel dringend eine strategische Haushaltskonsolidierung braucht – und dass ein „Weiter so“ keine verantwortbare Option ist. Umso wichtiger ist die aktuelle Entwicklung im Kreistag: Zentrale Forderungen, die wir frühzeitig eingebracht haben, finden nun eine politische Mehrheit.

In der Kreistagssitzung vom 26. März 2026 wurde der Einstieg in eine freiwillige Haushaltskonsolidierung beschlossen. Damit folgt der Kreistag im Kern genau dem Weg, den wir bereits zu Beginn der Wahlperiode gefordert und mit konkreten Anträgen hinterlegt haben. Nach anfänglicher Ablehnung erkennen nun auch andere Fraktionen die Notwendigkeit, strukturell gegenzusteuern.

Neben diesem grundlegenden Schritt wurden weitere Maßnahmen beschlossen, die direkt auf unsere Initiativen zurückgehen. So soll die interkommunale Zusammenarbeit gezielt ausgebaut werden, um Kosten zu senken und Synergien besser zu nutzen. Auch das Thema eines demografie- und digitalorientierten Personalmanagements wird nun aufgegriffen, nachdem entsprechende Vorschläge bereits vor Jahren von liberaler Seite eingebracht wurden.

Ein weiterer wichtiger Baustein ist die geplante Stellenentwicklung in der Kreisverwaltung. Künftig soll aufgezeigt werden, wie freiwerdende Stellen genutzt werden können, um die Verwaltung effizienter aufzustellen und gleichzeitig ihre Leistungsfähigkeit zu sichern. Ebenso wurde eine Reduzierung von Ausgaben beschlossen, auch wenn die beschlossenen Maßnahmen aus unserer Sicht noch hinter dem notwendigen Umfang zurückbleiben.

Insgesamt zeigt sich: Unsere frühzeitigen Impulse wirken. Themen, die zunächst keine Mehrheit fanden, werden nun Schritt für Schritt übernommen. Das ist ein wichtiges Signal für eine sachorientierte Politik im Interesse der Kommunen und der Steuerzahler im Kreis.

Für uns ist klar: Der eingeschlagene Weg ist richtig, aber er ist erst der Anfang. Haushaltskonsolidierung braucht Konsequenz, Ausdauer und den politischen Willen, Prioritäten zu setzen. Genau dafür werden wir uns weiterhin einsetzen.

[ZUR HOMEPAGE](#)

Austritt aus der Metropolregion Rheinland: Konkreter Schritt bei der Haushaltskonsolidierung



Ein zentraler Ansatz der Haushaltskonsolidierung ist die konsequente Überprüfung freiwilliger Ausgaben. Der von uns angestoßene Vorschlag, einen Austritt zur Kostenreduzierung zu prüfen, wird nun politisch aufgegriffen und weiter konkretisiert. Damit zeigt sich: Unsere Initiative wirkt – und führt zu konkreten Entscheidungen im Kreistag.

Schluss mit Doppelstrukturen

Mit unserem Antrag haben wir die Kündigung der Mitgliedschaft in der Metropolregion Rheinland angestoßen. Die Begründung ist klar: Der Kreis Wesel ist bereits über etablierte und teils gesetzlich

verankerte Strukturen wie den Regionalverband Ruhr und den Landkreistag NRW vertreten. Eine zusätzliche Mitgliedschaft schafft keinen erkennbaren, messbaren Mehrwert, verursacht aber laufende Kosten.

Gerade in der aktuellen Haushaltslage ist das nicht vertretbar. Es geht um Prioritäten – und um einen verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Mitteln.

Unser Vorstoß hat im Kreistag eine Dynamik ausgelöst. Für den Austritt zeichnet sich eine Mehrheit ab. Der Landrat hat angekündigt, entsprechende Gespräche zu führen und den Sachstand im nächsten Kreistag darzulegen.

Damit ist klar: Die Initiative der FDP/BZD-Fraktion ist nicht nur ein Vorschlag geblieben, sondern wird konkret weiterverfolgt. Durch den Austritt können jährlich rund 22.000 Euro sowie zusätzliche Gremien- und Sachkosten eingespart werden. Diese Mittel sollen gezielt zur Stabilisierung der Kreisumlage eingesetzt werden und so die Städte und Gemeinden entlasten.

Wichtig bleibt: Es werden keine Leistungen für Bürgerinnen und Bürger gekürzt. Stattdessen wird eine ineffiziente Doppelstruktur beendet. Ein weiterer konkreter Beitrag zur Haushaltskonsolidierung – sachlich begründet, politisch durchgesetzt.

[ZUM ANTRAG](#)

Transparenz abgelehnt: Kreistag verweigert Live-Übertragungen von Sitzungen



Transparenz in der Kommunalpolitik bedeutet, Entscheidungen nachvollziehbar und öffentlich zugänglich zu machen. Mit diesem Anspruch hat die FDP/BZD-Fraktion im Kreistag Wesel die Einführung von Live-Übertragungen und einer digitalen Mediathek für Kreistags- und Ausschusssitzungen beantragt.

Ziel war es, öffentliche Sitzungen digital zugänglich zu machen – live und im Anschluss auf Abruf, ergänzt um eine Verknüpfung mit dem Sitzungsdienst, Tagesordnungen und Vorlagen. Viele Kommunen in Nordrhein-Westfalen setzen solche Angebote bereits erfolgreich um.

Unser Antrag verfolgte einen klaren Ansatz: Bürgerinnen und Bürger sollen politische Entscheidungsprozesse einfacher nachvollziehen können – unabhängig von Zeit, Ort oder persönlichen Verpflichtungen. Gerade für Menschen, die beruflich oder familiär eingebunden sind, schaffen digitale Übertragungen zusätzliche Zugangsmöglichkeiten.

Der Kreis Wesel hätte hier einen modernen Schritt in Richtung Bürgernähe gehen können.

Mehrheit lehnt Transparenzangebot ab

Im Kreistag wurde der Antrag jedoch abgelehnt. Begründet wurde dies unter anderem mit der Einschätzung, ein solches Angebot stoße „nicht auf ausreichendes Interesse“ in der Bevölkerung.

Diese Argumentation stößt bei uns auf deutliche Kritik. Denn sie dreht die Frage der Transparenz um: Nicht das Interesse entscheidet über Öffentlichkeit, sondern Öffentlichkeit schafft überhaupt erst die Möglichkeit zur Beteiligung und zum Interesse.

Während zahlreiche Städte und Kreise in NRW – darunter Bottrop, Duisburg, Krefeld, Mönchengladbach und Oberhausen – längst Live-Übertragungen etabliert haben, bleibt der Kreis Wesel hinter dieser Entwicklung zurück.

Aus unserer Sicht ist die Ablehnung ein verpasstes Signal. Moderne Kommunalpolitik lebt von Nachvollziehbarkeit, nicht von Abschottung.

Die Entscheidung des Kreistages ist damit mehr als eine technische Frage. Sie ist eine grundsätzliche Weichenstellung im Umgang mit Öffentlichkeit und digitaler Teilhabe.

Wir bewerten die Begründung der Ablehnung kritisch. Transparenz ist keine Frage von Reichweiten, sondern eine Voraussetzung für Vertrauen in politische Entscheidungen. Denn eines bleibt klar: Demokratie gewinnt an Stärke, wenn sie sichtbar ist – nicht, wenn sie sich entzieht.

[ZUM ANTRAG](#)

WES-Fonds: Kosten, Kontrolle und Verantwortung im Blick



Der Kreis Wesel verwaltet mit dem WES-Fonds rund 124,7 Millionen Euro an liquiden Mitteln und Rücklagen am Kapitalmarkt. Ziel ist eine wirtschaftliche Verzinsung zugunsten des Kreishaushalts. Bei dieser Größenordnung stellen sich jedoch zentrale Fragen zu Kosten, Steuerung und Kontrolle.

Vor diesem Hintergrund hat die FDP/BZD-Fraktion eine umfassende Anfrage zur Kostenstruktur und Governance des WES-Fonds gestellt.

Transparenz bei Kosten und Erträgen

Im Fokus stehen die laufenden Gesamtkosten des Fonds – sowohl prozentual als auch absolut. Dazu zählen insbesondere Verwaltungsvergütungen der Kapitalverwaltungsgesellschaft, Depotbankgebühren sowie mögliche erfolgsabhängige Vergütungen.

Auch Transaktionskosten sowie die interne Messung der Fondsperformance werden abgefragt. Ziel ist eine klare Trennung zwischen Bruttoerträgen und dem tatsächlich für den Kreishaushalt verbleibenden Nettoergebnis.

Ein weiterer Schwerpunkt betrifft die Governance. Die FDP/BZD-Fraktion fragt nach dem Referenzindex zur Performancebewertung sowie nach regelmäßigen Markterkundungen oder Ausschreibungen der Mandate. Bei einem Anlagevolumen in dreistelliger Millionenhöhe ist aus Sicht der Fraktion entscheidend, dass Gebührenstrukturen und Verwaltungsmodelle regelmäßig überprüft werden.

Der WES-Fonds ist ein zentrales Finanzinstrument des Kreises. Jeder Euro an Verwaltungskosten reduziert den finanziellen Spielraum des Haushalts. Deshalb ist vollständige Transparenz über Kosten und Nutzen erforderlich. Mit der Anfrage sollen bestehende Strukturen nachvollziehbar gemacht und wirtschaftliche Effizienz sichergestellt werden. Im Mittelpunkt steht die Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, öffentliche Mittel bestmöglich einzusetzen.

[ZUR ANFRAGE](#)

Große Eingrie, offene Fragen: Loosenberge



Die laufenden Freistellungsmaßnahmen im Naturschutzgebiet Loosenberge in Schermbeck haben vor Ort Irritationen ausgelöst. Großflächige Eingriffe in das Landschaftsbild werfen Fragen nach Zielsetzung, Verantwortlichkeiten und insbesondere der langfristigen Entwicklung der Fläche auf.

Vor diesem Hintergrund haben wir eine umfassende Anfrage an den Landrat gestellt.

Im Mittelpunkt steht die Frage, wer die Maßnahme politisch und fachlich verantwortet und auf welcher naturschutzfachlichen Grundlage sie beruht. Die Fraktion will nachvollziehbar klären, welche Entwicklungs- und Pflegeziele mit den Eingriffen verfolgt werden.

Wir betonen ausdrücklich, dass der Schutz wertvoller Lebensräume unterstützt wird. Gerade deshalb müssen Maßnahmen dieser Größenordnung fachlich eindeutig begründet und transparent begleitet werden.

Langfristige Pflege und Finanzierung

Ein zentraler Punkt ist das Pflegekonzept für die kommenden Jahre. Die Fraktion fragt, wie verhindert werden soll, dass die Flächen erneut zuwachsen, und welche verbindlichen Maßnahmen über fünf bis zehn Jahre vorgesehen sind.

Eng damit verbunden ist die Finanzierung der Folgepflege: Welche Mittel stehen zur Verfügung, aus welchen Quellen stammen sie und wie langfristig ist die Absicherung tatsächlich gewährleistet?

Besondere Aufmerksamkeit gilt der geplanten Offenhaltung durch Schafbeweidung. Die FDP/BZD-Fraktion hinterfragt, wie realistisch diese Lösung unter den aktuellen Bedingungen – insbesondere mit Blick auf Herdenschutz und Wolfspräsenz am Niederrhein – dauerhaft umgesetzt werden kann.

Entscheidend ist aus Sicht der Fraktion, dass ökologische Maßnahmen nicht nur geplant, sondern auch langfristig praktisch tragfähig sind. Zudem wird gefragt, nach welchen Kriterien der Erfolg der Maßnahme überprüft wird und welche Erfahrungen aus früheren Projekten in die aktuelle Planung eingeflossen sind.

Wir erwarten eine transparente Darstellung von Zuständigkeiten, Konzepten und Perspektiven. Ziel ist eine nachvollziehbare Verbindung von Naturschutz, langfristiger Pflege und öffentlicher Akzeptanz.

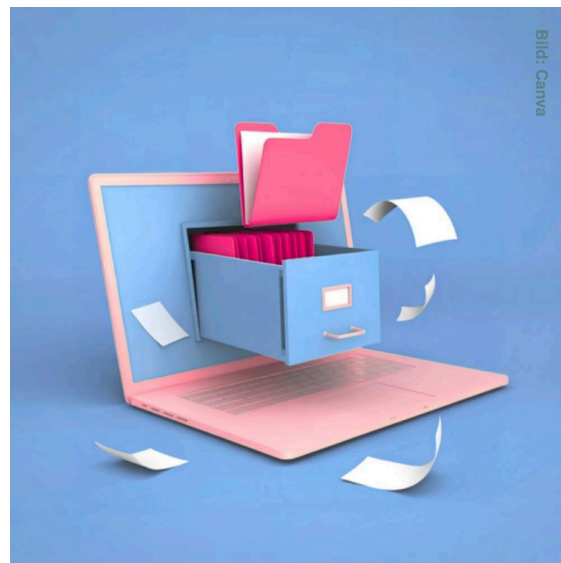
[ZUR ANFRAGE](#)

Mehr Freiheit im Postfach!

Kennen Sie jemanden, den unsere Themen interessieren könnten? Leiten Sie diesen Newsletter gern weiter.

Hat Ihnen dieser Newsletter gefallen? Dann abonnieren Sie ihn hier:

[NEWSLETTER ANMELDUNG](#)



Alles auf einen Blick!

Alle unsere Anträge und Anfragen finden Sie übersichtlich auf unserer Homepage. Wenn Sie sich umfassender über die Arbeit unserer Fraktion informieren möchten, lohnt sich ein Besuch jederzeit.

[ZUR HOMEPAGE](#)



FDP/BZD Fraktion im Kreis Wesel

Vertreten durch: Constantin Borges

Reeser Landstraße 31, Raum 010, 46483 Wesel

E-Mail: fdp-bzd-fraktion@kreis-wesel.de

Telefon: 0281 2072014

**Freie
Demokraten**

Kreistagefraktion
Wesel **FDP** **BZD**
BÜRGERLISTE ZUKUNFT